

Dauerbrenner – Defizit an Lehrkräften bleibt

Berufliche Schulen: Auch wenn im September 2009 über 900 Lehrkräfte eine Einstellung erhalten haben, hat sich die Unterrichtsversorgung überhaupt nicht verbessert – im Gegenteil, es ging nur knapp an der Katastrophe vorbei. Ein Ende ist nicht in Sicht. Die Gründe dafür erläutert Peter Koch.



Peter Koch, Hauptpersonalrat Berufliche Schulen.

Nach den Sommerferien 2009 haben an beruflichen Schulen insgesamt 929 Personen eine Stelle gefunden, davon waren 836 wissenschaftliche und 93 Technische Lehrkräfte. Das Kultusministerium (KM) zeigte sich zufrieden, denn alle Stellen konnten besetzt werden. Doch es gibt keinen Anlass, sich zufrieden zurück zu lehnen. Der permanente Mangel in der Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen wurde keinesfalls behoben – und es ist unwahrscheinlich, dass sich der Zustand verbessert.

Vor einem Jahr hatten die GEW anhand der vorliegenden Prognosen vom Einstellungsjahr 2009 als „Katastrophenjahr“ gesprochen. In der Tat stieg das strukturelle Unterrichtsdefizit im letzten Schuljahr von 4,4 auf 4,6 Prozent, das entspricht einem Umfang an 761 Deputaten. Nach wie vor steht in etwa gleicher Höhe die unbewältigte, so genannte „Bugwelle“ im Raum, dabei handelt es sich um einen Bedarf von vereinbarten und bereits geleisteten Überstunden. Weiterhin fehlen Lehrkräfte für den Ersatz bei Unterrichtsausfall durch Erkrankungen und Sonstigem, der bei ca. 700 Deputaten liegt. Die im Organisationserlass vorgesehene Krankheitsreserve von 230 Deputaten ist unzureichend, denn sie versickert regelmäßig in der Unterrichtsversorgung.

Zudem wurde die Lage im letzten Schuljahr noch verschärft durch folgende Tatsachen:

- Die Schülerprognose des Statistischen Landesamtes musste korrigiert werden. Statt weniger kamen 5.700 mehr Schüler/innen, vor allem im Teilzeitbereich, was einen Lehrerbedarf von 50 Deputaten auslöste.
- Für die Schulen, die sich im Modellprojekt OES (Operativ Eigenständige Schulen) befinden, werden bis 2010/11 Anrechnungszeiten jedes Jahr etwa 50 Deputate im Schuljahr aus der Lehrerversorgung entnommen.
- 15 Sozialpädagogische Gymnasien mit insgesamt 21 Klassen wurden in diesem Schuljahr ohne zusätzliche Ressourcen eröffnet.
- Zwei Jahrgänge aus den allgemeinbildenden Gymnasien G8/G9 sind nach der Klasse 9 oder 10 an die Beruflichen Gymnasien übergetreten.

Die „Antworten“ des KM auf die desolante Lage

Auf die Frage, woher die notwendigen Lehrer/innen kommen sollen, reagierte das KM mit folgenden Maßnahmen:

Vorzeitige Stellenausschreibung: Das Problem des KM bestand darin, bei lediglich 450 eigenen Bewerber/innen mindestens 660 Stellen besetzen zu müssen. Um zu verhindern, dass Bewerber/innen wie

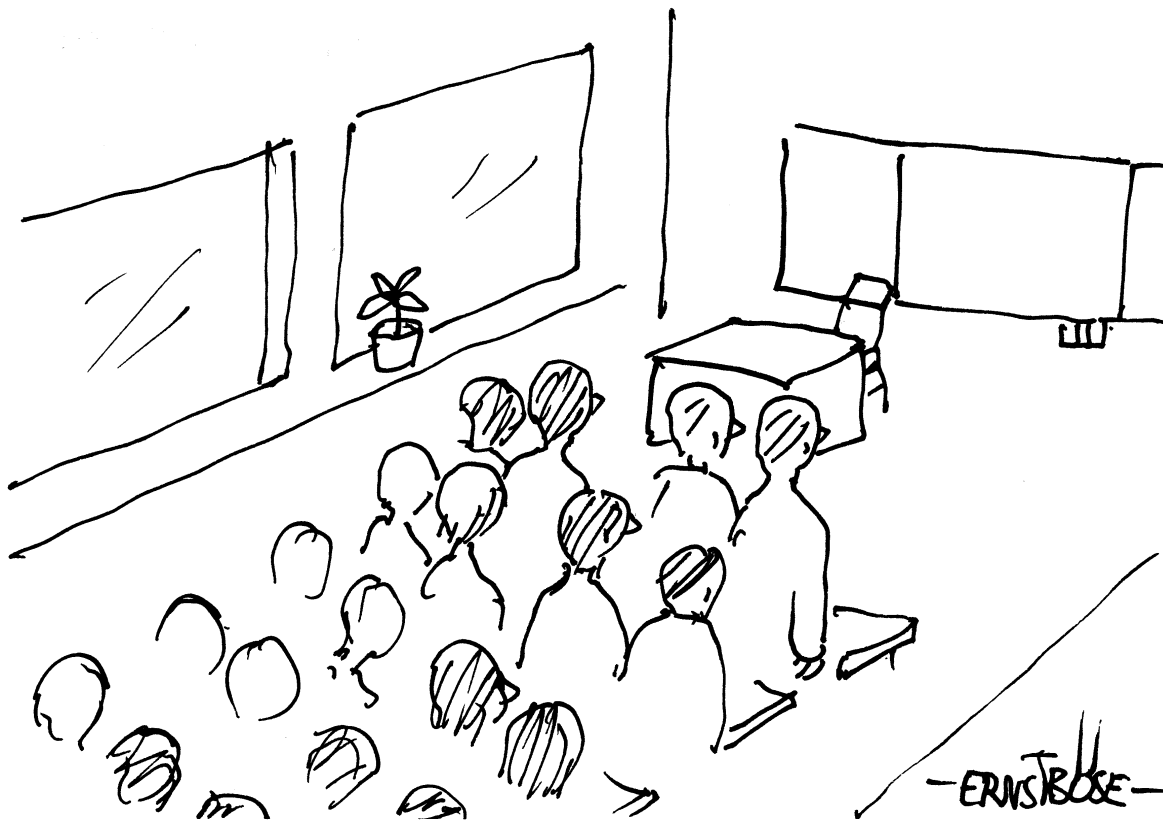
in den letzten Jahren in die benachbarten Bundesländer Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen auswandern, hat man im letzten Schuljahr bereits im November 2008 ein Sonderkontingent von Stellen schulscharf ausgeschrieben. Mit dieser Maßnahme konnten 200 Personen für den Sommer 2009 vorzeitig gehalten werden.

Sonderzulagen: Im Rahmen der „Qualitätsoffensive Bildung“ wurden zur Steigerung der Attraktivität der Beschäftigung an beruflichen Schulen für Elektro- und Metallingenieure als Direkteinsteiger außertarifliche Zulagen von 600-800 Euro befristet bis 2012 gewährt. Damit versuchte man, die über den Tarifvertrag der Länder (TVL) erbärmlich abgesackten Gehälter wieder an die Größenordnung des alten BAT heranzuführen. Ebenso bekamen Referendare/innen in diesen Berufsfeldern Sonderzuschläge von ca. 500 Euro.

Werbekampagne: In aufwendigen Werbekampagnen hatte das Land zu Beginn des Jahres 2009 in anderen Bundesländern geworben. Auf bundesweit 500 Großplakaten stand zu lesen: „Sehr guten Morgen, Frau Lehrerin! – jetzt bewerben.“ Die Werbekampagne wurde schnell wieder eingestellt, nachdem sich vor allem die nördlichen und östlichen Bundesländer gegen die Abwerbungsversuche zur Wehr gesetzt hatten. Zudem hatte sich die Zahl der Bewerbungen von Direkteinsteiger/innen auch aufgrund der Wirtschaftskrise mit 930 verdreifacht.

Keine Stellenstreichungen: Im Laufe des Schuljahres 2008/09 wurde auch der Versuch aufgegeben, 200 Stellen in der beruflichen Abteilung zu streichen. Dafür wurden 45 Deputate für G8/G9 bereitgestellt, sowie 45 Deputaten für den in der Wirtschaftskrise boomenden Bereich der Berufskollegs, die restlichen 110 Deputate für die Lehrerversorgung gerettet. Überraschend stellte die Landesregierung im Mai 2009 noch 100 zusätzliche Deputate für den Bedarf im Vollzeit- und Weiterbildungsbereich zur Verfügung. So konnte man im KM froh sein, 836 wissenschaftliche und 93 Technische Lehrkräfte eingestellt zu haben. Das entspricht bei wissenschaftlichen Lehrkräften mit einem Einstiegsdeputat der Berufsanfänger/innen von 21,3 Stunden (Regelstundenmaß: 25 Stunden) etwa 712 Deputaten.

Interessant ist dabei die Herkunft der neuen Kolleg/innen an den beruflichen Schulen. Mit 430 konnten nur knapp über die Hälfte (51,4 Prozent) direkt aus den Ausbildungsseminaren gewonnen werden. 229 Personen (27,4 Prozent) waren Direkteinsteiger/innen, die im Vergleich zum Vorjahr (+108) wieder in vermehrtem Maße zur Verfügung standen. Zum Teil dürften auch die Zulagen für die Berufsfel-



Sehr guten Morgen, ...

der Metall- und Elektrotechnik eine Rolle gespielt haben, da über die Hälfte der Direkteinsteiger/innen in diesem Bereich eingestellt wurden. Der Rest fand den Weg an die beruflichen Schulen aus den Seminaren der Gymnasien (82 Personen) und der Realschulen (75 Personen), aus denen eigentlich wegen des hohen Eigenbedarfes in diesen Schularten keine Bewerber/innen zu erwarten waren.

Was fordert die GEW?

Die Attraktivität des Lehrerberufs hat u.a. durch die Einführung des TV-L speziell für Direkteinsteiger/innen erheblich gelitten. Auch sind die Bezüge für Referendar/innen mit ca. 1.200 Euro nicht gerade verlockend. Die GEW fordert daher:

- Deutliche Erhöhung der Bezüge für alle Referendar/innen auf mindestens 1.600 Euro, nicht nur im Elektro- und Metallbereich, da ein Mangel auch in vielen anderen Fächern wie Sprachen und Naturwissenschaften herrscht.
- Keine Mehrarbeit für Referendare/innen.
- Bezahlung nach dem Ende der Referendarzeit auch in den Sommerferien.
- Keine Absenkung des Gehaltes um 4 Prozent in den ersten Berufsjahren.
- Erhöhung der Krankheitsreserve
- Einrichtung eines Innovationspools, damit OES und andere Bereiche des Qualitätsmanagements nicht aus dem Topf der Lehrerversorgung gespeist werden.
- Ein 5-Jahres-Programm mit jährlich 300 Neustellen zum Abbau des gesamten Unterrichtsdefizits.

Die GEW hat die Forderungen nach neuen Stellen in den vergangenen Wochen gegenüber den im Landtag vertretenen Fraktionen im Rahmen der Haushaltberatungen zum Doppelhaushalt 2010/11 deutlich gemacht. Dem KM wurden die Unterschriften von 2.500 Berufsschulkolleg/innen übergeben, die die Forderungen der GEW unterstützt hatten.

Wie sehen die Prognosen 2010 aus?

Das Einstellungsjahr 2010 dürfte ähnlich schwierig verlaufen wie 2009. Prognostiziert werden 800 Einstellungen bei nur etwa 450 Bewerber/innen aus den Vorbereitungsdiensten. Darin sind 30 Deputate für die Erzieherausbildung enthalten, die aus der Qualitätsoffensive Bildung finanziert werden.

Wie im Vorjahr haben sich die Schülerzahlen an beruflichen Schulen nicht wie vom Statistischen Landesamt vorausgesagt entwickelt: Statt einem Minus von 3.800 Schüler/innen konnte nur eine geringe Abnahme von 244 verzeichnet werden. Die Zahl der abnehmenden Berufsschüler/innen in Teilzeit von -2.980 wurde durch die konjunkturell bedingte Zunahme der Schüler/innen an Berufskollegs, Fachschulen und Beruflichen Gymnasien fast kompensiert. Am Status quo der zu erteilenden Unterrichtsstunden und damit am Lehrerberuf ändert sich also nichts.

Die Sonderausschreibung an schulscharfen Stellen wurde im Herbst 2009 wie im Vorjahr wiederholt. Man setzte von Seiten des KM auf ein größeres Kontingent und hatte die Schulen aufgefordert, bis zu 600

Stellen auszuschreiben, um sich schon mal 300 Bewerber/innen für die Einstellung 2010 zu sichern. Tatsächlich wurden 534 Stellen ausgeschrieben und damit, so die berechnete Hoffnung des KM, schon ein Großteil der Bewerber/innen für die Sommer-einstellung gebunden.

MAU für Referendar/innen

Zu den ungeheuerlichen Planspielen des KM in diesem Schuljahr gehörte auch eine Vergütung der Mehrarbeit für Lehramtsanwärter/innen an Beruflichen Schulen, Gymnasien und Realschulen. Was zunächst wie eine gute Nachricht klang, nämlich dass auch Referendare/innen endlich für geleistete Überstunden bezahlt werden, stellte sich als eine zeitlich begrenzte Maßnahme gegen den Lehrermangel heraus. Die eigentliche Begründung dieser geplanten Verwaltungsvorschrift ist ganz eindeutig: „Wegen des erwarteten Bewerbermangels in den Jahren bis 2011 besteht die Notwendigkeit einer Vergütung von geleisteten Mehrarbeitsstunden.“ Der Umfang der „freiwilligen“ Mehrarbeit kann bis zu 24 Stunden im Monat oder bis zu sechs Stunden pro Woche betragen. Dabei wurde die Arbeitszeit der Lehramtsanwärter/innen erst 2007 um eine Stunde erhöht. Die GEW und die Hauptpersonalräte haben dies einmütig abgelehnt.

Wo sollen 2010 Lehrkräfte herkommen?

Auch im Jahr 2010 bleibt wie 2009 die Rekrutierung neuer Lehrkräfte ein Balanceakt. Für die kaufmännischen Fächer gibt es genügend Studierende an den Universitäten in Mannheim, Hohenheim und Konstanz. Im gewerblichen Bereich gibt es nur eine geringe Anzahl studierende Diplomgewerbelehrer/innen an den Unis Stuttgart und Karlsruhe. Daher liegt die Hoffnung des KM bei den Abgänger/innen des Kooperationsmodells zwischen akkreditierten Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen. Dort ist die Zahl von 300 auf derzeit 400 Studierende im Bachelor/Master-Studiengang gestiegen. Noch hat das nur einen geringen Einfluss auf die Bewerberzahlen. Denn nur 17 Personen werden 2010 ihren Vorbereitungsdienst beenden. Im Januar fangen nur 24(!) Referendare/innen ihren Vorbereitungsdienst an. Bleiben also für die gewerblichen Schulen wieder nur die Direkteinsteiger/innen.

An den Hauswirtschaftlichen Schulen wird der Bedarf an Sozialpädagogischen Lehrkräften gewaltig zunehmen, wenn die ehrgeizigen Ziele des Bundesfamilienministeriums für die Betreuung der unter Dreijährigen umgesetzt werden sollen. Dazu müssen an den Hauswirtschaftlichen Schulen mehr Erzieher/innen ausgebildet werden. In der „Qualitätsoffensive Bildung“ werden bis zu 140 Deputate bereitgestellt. Dazu wurde im Wintersemester 2009/10 erstmals ein neuer Studiengang für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen mit den Fächern Sozialpädagogik/Pädagogik und einem weiteren allgemein bildenden Fach in Tübingen angeboten. Die GEW begrüßt grundsätzlich die Ein-

richtung dieses Studienganges, allerdings kommt er sehr spät, denn die ersten Studienanfänger/innen sind frühestens 2014 fertig. Außerdem ist ihre Anzahl auf 30 begrenzt und nach Ansicht der GEW schon jetzt viel zu gering.

Ein Blick in die Zukunft

Schaut man auf die Bedarfs- und Schülerprognosen der nächsten Jahre, fällt auf, dass die Zahl der in Pension gehenden Lehrkräfte jedes Jahr ansteigt.

| | Zahl der Pensionierungen | Schülerprognose (stat. Landesamt 2007) |
|---------|--------------------------|--|
| 2009/10 | 510 | -3.800 (korrigiert -244) |
| 2010/11 | 560 | -6.900 |
| 2011/12 | 630 | -9.800 |
| 2012/13 | 670 | -6.500 |
| 2013/14 | 680 | -1.400 |
| 2014/15 | 660 | -3.400 |

(Anfrage der SPD-LT-Fraktion, Antwort Staatssekretär Wacker v. 18.8.09)

Auch wenn in den kommenden Jahren die Schülerzahlen rückläufig sein werden, wird der Ersatzbedarf an Lehrkräften nur zu einem geringen Teil durch sinkende Schülerzahlen kompensiert werden, zumal die Prognosen als unsicher bezeichnet werden müssen.

Wenn nichts unternommen wird, steht zu befürchten, dass das weiter bestehende strukturelle Unterrichtsdefizit und die „Bugwelle“ mindestens bis ins Jahr 2012 Bestand haben werden. Zu diesem Zeitpunkt läuft die Qualitätsoffensive Bildung aus, und der Zustrom aus den Gymnasien wird geringer werden, da 2012 das G9 zu Ende geht. Voraussetzung wäre dann aber, dass bis dahin keine Stellen gestrichen werden. Aber dazu meldete sich im Januar 2010 schon Finanzminister Stächele zu Wort. Angesichts der neuesten Zahlen des Statistischen Landesamtes, das bis 2030 einen Rückgang der Schülerzahlen bis zu 30 Prozent prognostiziert hatte, drohte er bereits mit dem Rotstift bei den Lehrerstellen. Dies widerspricht allerdings (noch) der Aussage des früheren Kultusminister Rau, der in der Vergangenheit vom Erhalt der Stellen gesprochen hatte. Nach der Landtagswahl 2011 allerdings könnten sich die Prioritäten in der Landespolitik verlagern.

Schon aus diesem Grunde können die beruflichen Schulen nicht bis dahin warten, dass ihre Probleme gelöst werden. Die Belastungen sind extrem gestiegen. Entlastung und präventiver Gesundheitsschutz sind angesagt. Die GEW fordert nach wie vor die Rückführung der Deputates auf 23 Stunden sowie den Abbau des Unterrichtsdefizits und der „Bugwelle“ – nicht am Sankt Nimmerleinstag, sondern so schnell wie möglich!